

Nr. 16/815

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Arbeitnehmerkammer im Land Bremen (KammerCard auch für Langzeitarbeitslose!)

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 14. Dezember 2005
(Neufassung der Drs. 16/766 vom 30.09.05)
(Drucksache 16/871)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen.

Nr. 16/816

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Wagen und weichen: Bürgermeister skizziert neue Strategie“.

Nr. 16/817

Ausgestaltung des Unterrichtsfachs „Biblische Geschichte“ auf allgemein christlicher Grundlage in Schulen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. September 2005
(Drucksache 16/754)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 2005

(Drucksache 16/823)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/818

Gesetz zur Änderung des Bremischen Naturschutzgesetzes

Mitteilung des Senats vom 22. November 2005
(Drucksache 16/806)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 16/819

Kinder vor Vernachlässigung schützen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 23. November 2005
(Drucksache 16/808)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sicherzustellen, dass der Informationsfluss zwischen Krankenhäusern, Hebammen, Familienhebammen, Kinderärzten, Sozialpädagogischer Familienhilfe, Jugendämtern und anderen beteiligten Akteuren gewährleistet ist, insbesondere auch bei Wohnungswechseln durch die Familien;
2. zu prüfen, ob langfristig ein einmaliges Aufsuchen von Familien mit Neugeborenen entsprechend der niederländischen Praxis als Regelangebot der gesundheitlichen und sozialen Prävention eingeführt werden kann;
3. sicherzustellen, dass alle Kinder, die nicht an den Vorsorgeuntersuchungen (U1 bis U7) teilgenommen haben, bei Aufnahme in den Kindergärten ärztlich untersucht werden;
4. zu gewährleisten, dass bei allen Kindern, die nicht im Kindergarten angemeldet werden, eine aufsuchende Familienhilfe tätig wird. Sie soll, falls erforderlich, auf Angebote gesundheitlicher Vorsorgeuntersuchungen hinweisen und gegebenenfalls Hilfs- und Unterstützungsangebote unterbreiten, um so das Kindeswohl zu sichern;
5. zu prüfen, ob eine Nachbetreuung von Risikofamilien, die in den ersten beiden Lebensjahren eines Kindes Hilfen durch die sozialpädagogische Familienhilfe bekommen haben, optimiert und bis zum Kindergartenalter ausgebaut werden muss, um das Kindeswohl verlässlich zu sichern;
6. eine Initiative zu ergreifen, gemeinsam mit den Krankenkassen ein wirkungsvolles Anreizsystem zu entwickeln, welches die Teilnahme an Untersuchungen U1 bis J1 honoriert.

Nr. 16/820

Stärkung von Unternehmen und Unternehmensgründungen mit migrantischem Hintergrund

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. November 2005
(Drucksache 16/810)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/821

Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen (Bremisches Verfassungsschutzgesetz – BremVerfSchG)

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005
(Drucksache 16/864)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 16/822

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005
(Drucksache 16/865)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 16/823

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsetzungsbefugnisse der Gemeinden

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005

(Drucksache 16/866)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 16/824

Videoüberwachung im öffentlichen Raum als Teil der Kriminalitätsbekämpfung

Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2005

(Drucksache 16/867)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/825

Bundesmittel für den Nahverkehr

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 7. Dezember 2005

(Drucksache 16/828)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/826

Bundeszusweisungen für den Nahverkehr nach dem Regionalisierungsgesetz

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 23. Januar 2006

(Drucksache 16/892)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die Entwicklung des SPNV und des ÖPNV für Bremen eine hohe Priorität hat. Eine Mittelkürzung würde die Realisierung des Nahverkehrsplans 2003 bis 2007 und darin bereits nachrichtlich enthaltene Folgeprojekte in Frage stellen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass der Senat in den Verhandlungen über die Regionalisierungsmittel den hohen Stellenwert des Nahverkehrs für die Verkehrsbewältigung in Ballungsräumen und deren Vernetzung mit dem Umland insbesondere durch S-Bahn-Systeme deutlich macht und sich für eine bedarfsgerechte langfristige finanzielle Ausstattung einsetzt.

Nr. 16/827

Regionales Gleichgewicht in der EU-Strukturförderung sichern

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 7. Dezember 2005

(Drucksache 16/829)

1. Der Senat wird gebeten, dem Parlament zeitnah darzulegen, wie sich die EU-Fördermöglichkeiten in Bremen und Bremerhaven vor dem Hintergrund des aktuellen Stands der Verhandlungen um die inhaltliche Ausgestaltung und die finanzielle Ausstattung der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 voraussichtlich entwickeln werden.

2. Der Senat möge dahingehend auf die Bundesregierung einwirken, dass diese alles daransetzt, in der nächsten EU-Förderperiode den strukturschwachen Regionen in Westdeutschland die für ihre Entwicklung unverzichtbaren Struktur- und Regionalfördermittel in angemessenem Umfang zu sichern.
3. Der Senat wird gebeten, im Rahmen der in Deutschland für die Ausgestaltung der Regionalförderung zuständigen Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) darauf hinzuwirken, in der Förderperiode 2007 bis 2013 ein zu starkes Fördergefälle innerhalb Deutschlands zu vermeiden. Dies gilt insbesondere für das zu erwartende Fördergefälle zwischen Bremen und dem angrenzenden Regierungsbezirk Lüneburg, wenn dieser als Ziel-1-Übergangsgebiet ausgewiesen werden sollte.
4. Der Senat wird aufgefordert, sich insbesondere mit dem Land Niedersachsen unverzüglich darüber abzustimmen, wie förderbedingte Wettbewerbsverzerrungen und starkes Fördergefälle zwischen benachbarten Regionen ab 2007 verhindert werden können.

Nr. 16/828

Bericht über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechts für das Jahr 2004

(Beleihungsbericht 2004)

Mitteilung des Senats vom 12. Juli 2005
(Drucksache 16/687)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/829

Bericht über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechts für das Jahr 2004

(Beleihungsbericht 2004)

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 9. Dezember 2005
(Drucksache 16/860)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 16/830

Gesetz über Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen (Schwangerenberatungsgesetz – SchwBerG)

Mitteilung des Senats vom 20. Dezember 2005
(Drucksache 16/877)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau.

Nr. 16/831

Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 17. Januar 2006
(Drucksache 16/887)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karin M a r k u s

anstelle von Herrn André Städler zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 16/832

Bremisches Verwaltungszustellungsgesetz (BremVwZG)

Mitteilung des Senats vom 10. Januar 2006

(Drucksache 16/880)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 16/833

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 39
vom 10. Januar 2006**

(Drucksache 16/886)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/834

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Erwin K n ä p p e r

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Catrin Hannken zum stellvertretenden Mitglied des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

Nr. 16/835

Wahl eines Mitglieds des Wahlprüfungsgerichts

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Rolf H e r d e r h o r s t

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Catrin Hannken zum Mitglied des Wahlprüfungsgerichts.

Nr. 16/836

Wahl zweier Mitglieder und eines stellvertretenden Mitglieds des Rechtsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sibylle W i n t h e r

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Catrin Hannken und den Abgeordneten

Rolf H e r d e r h o r s t

anstelle der Abgeordneten Silke Allers zu Mitgliedern und die Abgeordnete

Karin S c h n a k e n b e r g

anstelle des Abgeordneten Rolf Herderhorst zum stellvertretenden Mitglied des Rechtsausschusses.

Nr. 16/837

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karin S c h n a k e n b e r g

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Catrin Hannken zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau.

Nr. 16/838

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Erwin K n ä p p e r

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Catrin Hannken zum Mitglied und den Abgeordneten

Rolf H e r d e r h o r s t

anstelle des Abgeordneten Erwin Knäpper zum stellvertretenden Mitglied des Richterwahlausschusses.

Nr. 16/839

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Kontrollausschusses nach dem Polizeigesetz

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Hans-Georg G e r l i n g

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Catrin Hannken zum stellvertretenden Mitglied des Kontrollausschusses nach dem Polizeigesetz.

Nr. 16/840

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für den Fischereihafen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Silke A l l e r s

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Catrin Hannken zum Mitglied der staatlichen Deputation für den Fischereihafen.

Nr. 16/841

Wahl eines Mitglieds des Petitionsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karin S c h n a k e n b e r g

anstelle des Abgeordneten Rolf Herderhorst zum Mitglied des Petitionsausschusses.

Nr. 16/842

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Sport

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Cord D e g e n h a r d

anstelle des Abgeordneten Heiko Strohmann zum Mitglied der staatlichen Deputation für Sport.

Nr. 16/843

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Landesenergieprogramm – Dritte Fortschreibung (2005)
Mitteilung des Senats vom 29. November 2005
(Drucksache 16/812)
2. Klimaschutz in der Energiepolitik verankern
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Januar 2006
(Drucksache 16/893)

